

SPD

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESORGANISATION HAMBURG
ARBEITSGEMEINSCHAFT 60-PLUS-WANDSBEK**



***„Frieden ist nicht alles
aber
ohne Frieden ist alles nichts!“***

(Willy Brandt 1968)

Herausgeber:
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Kreis Wandsbek
Arbeitsgemeinschaft 60plus
v.i.S.d.P.: Michael Seide

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger!

Wir haben uns inzwischen an beunruhigende Nachrichten gewöhnt: Kein Tag ohne Meldung über Terroranschläge in der zusammenwachsenden Welt; kein Tag ohne schreckliche Bilder aus Kriegsgebieten von Afghanistan bis hin zum Nahen und Mittleren Osten; kein Tag ohne Nachrichten über Tausende Hungertote in Afrika und Millionen Menschen auf der Flucht. Europa bleibt davon nicht unberührt: Die Briten scheren aus der EU aus; innerhalb der NATO gibt es Streit; der Türkische Präsident setzt die Europäer unter Druck; in den USA hat ein unberechenbarer Bauunternehmer das Präsidentenamt übernommen, und gegenüber Russland sind wir zurückgefallen in eine Neuauflage des Kalten Krieges. Das alles begleitet uns, wenn wir im September in Deutschland an die Wahlurnen gehen. Wir entscheiden mit darüber, ob es gelingt, innenpolitisch eine sozial gerechtere Politik durchzusetzen und außenpolitisch an dem Kurs der Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr gegenüber Russland wieder anzuknüpfen. Insbesondere wegen der Entwicklungen in den USA und der Außenpolitik dieser Weltmacht ist es wichtig, dass Europa nicht auseinanderdriftet und stattdessen selbstbewusst seine Interessen vertritt. Wir sind überzeugt, dass dies mit dem erfahrenen Europäer Martin Schulz als zukünftigem Bundeskanzler am besten gelingt.

Mit dieser kleinen Broschüre möchten wir unsere Sicht auf einige der aktuellen Probleme darstellen und damit im kommenden Wahlkampf für unsere Partei werben!

Mit den besten Wünschen

Ihre

Uwe Buchholz, Wilfried Buss, Oskar Fuhlrott, Jürgen Kanehl,
Theo Karczewski, Dietrich Lemke, Günter Lübcke, Holger Mahler,
Michael Seide, Jürgen Seifert

Für eine neue Friedens- und Entspannungspolitik jetzt!

Anfang 2009, zum Amtsantritt von Präsident Obama, mahnte der „Architekt der Entspannungspolitik“, Egon Bahr, gemeinsam mit Helmut Schmidt, Richard von Weizsäcker u.a. in einem Appell für eine atomwaffenfreie Welt: **„Das Schlüsselwort unseres Jahrhunderts heißt Zusammenarbeit. Kein globales Problem ist durch Konfrontation oder durch den Einsatz militärischer Macht zu lösen,“** hieß es dort. Dieser Appell hat nach dem Amtsantritt von Donald Trump noch zusätzlich an Bedeutung gewonnen. Nach wie vor setzen die NATO und Russland auf Abschreckung durch Aufrüstung statt auf gemeinsame Sicherheit durch vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen. Von Deutschland verlangt der neue amerikanische Präsident fast eine Verdoppelung unseres Rüstungsetats. Vergessen scheinen die eingegangenen Verpflichtungen zum Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung, und: Donald Trump will **„wieder Kriege gewinnen.“**

Vergessen scheint auch die vor etwa 25 Jahren unterschriebene „Charta von Paris“, in der sich die Staatschefs Europas und Nordamerikas verpflichtet haben, Streitfälle im Rahmen von Schlichtungen zu lösen. Erst recht vergessen scheint die Politik, die einst Willy Brandt und Egon Bahr konzipiert hatten nach dem Prinzip **„Wandel durch Annäherung“** in den Jahren 1969 bis 1972. Immerhin war erst dadurch die deutsche Wiedervereinigung möglich geworden und schließlich sogar die Gründung der Europäischen Union.



Egon Bahr: Architekt der Ostverträge und der Entspannungspolitik



2010 in Prag: Obama und Medvedev unterzeichnen den „Neuen START-Vertrag“ zur Reduzierung und Begrenzung der Atomwaffen Russlands und der USA

In Frage gestellt werden nach der Wahl in den USA offenbar auch die Vereinbarungen über die Verringerung von Atomwaffen, wie sie im so genannten Neuen START-Abkommen (Strategic Arms Reduction Treaty) getroffen wurden, mit denen die Zahl der Atom-Waffen (Raketen und Sprengköpfe) begrenzt werden soll. *Reuters* schreibt im Februar 2017, in einem ersten Gespräch zwischen dem russischen Präsidenten Putin und Donald Trump habe sich gezeigt, dass der neue amerikanische Präsident die Atomwaffen-Sperrverträge bisher offenbar nicht einmal kannte, sie gleichwohl als *bad Deal (schlechtes Geschäft) für die USA* bezeichnete, da sie - wie er fälschlicherweise meint - den Russen erlaubten, atomar weiter aufzurüsten, den USA dagegen nicht.

Gerade in dieser heiklen politischen Situation braucht es von Europa ausgehend, insbesondere von Deutschland, deutliche friedenspolitische Impulse. Entsprechend wird sich die SPD in der kommenden Legislaturperiode engagieren.

NEW START-Treaty (Atomwaffen-Abkommen) 2010

Staat / Vereinbarung	Interkontinentalraketen	Atomsprenghköpfe
Verpflichtung beider Staaten	700	1550
Tatsächlich: Russland Ist 2016	508	1796
Tatsächlich: USA 2016	806	1722

Völkerrecht ist nicht beliebig!

Bereits zwei Jahre nach der Vereinbarung der NATO-Russland-Grundakte wurde diese gröblich verletzt. Nachdem die USA im Kosovo die UCEKA mit Waffen und Militär-Beratern unterstützt hatten und es im Zuge der blutigen Auseinandersetzungen zwischen bosnischen Serben und Kosovaren zu dem schrecklichen Massaker in Srebrenica gekommen war, entschied die NATO offiziell, in den Konflikt einzugreifen. Am 24.3.99 begann sie mit Beteiligung der Bundeswehr ohne UN-Mandat mit massiven Luftangriffen. Sie wurde damit Konfliktpartei und führte nun einen Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat, die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien.

Die Proteste auch vieler Bürgerschaftsabgeordneter gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg konnten die Zustimmung des damaligen Bundeskanzlers zu dem militärischen Eingreifen der NATO in den Kosovo-Konflikt natürlich nicht rückgängig machen. Ihre Argumente gelten aber auch heute noch: Aus gutem Grund wurde im Völkerrecht festgelegt, dass die Vereinten Nationen die einzige Instanz sind, Gewaltmaßnahmen zu genehmigen. Die Opfer der Kriege sind zu groß, als dass die Entscheidung über Krieg und Frieden im Streit einzelnen Konfliktparteien überlassen bleiben dürfte. Das Völkerrecht bindet alle Völker, auch dasjenige Land, das sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion als einzig noch verbliebene Weltmacht versteht. Das Völkerrecht zu unterlaufen ermutigt zudem Dritte, sich nicht an seine Regularien zu halten. Dieselben Organisationen, die sich 1999 im Kosovo-Krieg über das Völkerrecht hinweggesetzt haben, wiesen 2014 und später immer wieder darauf hin, dass sich Russland bei der Annexion der Krim über das Völkerrecht hinweggesetzt habe. Das ist Messen mit zweierlei Maß.

Charta der Vereinten Nationen Kapitel VII

Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen

Artikel 39: Der Sicherheitsrat stellt fest, ob eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung vorliegt; er gibt Empfehlungen ab oder beschließt, welche Maßnahmen auf Grund der Artikel 41 und 42 zu treffen sind, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen.

Artikel 40: Um einer Verschärfung der Lage vorzubeugen, kann der Sicherheitsrat, bevor er nach Artikel 39 Empfehlungen abgibt oder Maßnahmen beschließt, die beteiligten Parteien auffordern, den von ihm für notwendig oder erwünscht erachteten vorläufigen Maßnahmen Folge zu leisten. Diese vorläufigen Maßnahmen lassen die Rechte, die Ansprüche und die Stellung der beteiligten Parteien unberührt. Wird den vorläufigen Maßnahmen nicht Folge geleistet, so trägt der Sicherheitsrat diesem Versagen gebührend Rechnung.

Der Konflikt in der Ukraine: Die „Freedom-Agenda“ und ihre Ergebnisse



*Jens Stoltenberg, NATO-Generalsekretär
His master`s voice - eher ein Falke*

Ein immer noch aktueller Zankapfel zwischen den USA und ihren Verbündeten einerseits und Russland andererseits sind der Status und die Rolle der Ukraine. Seit Auflösung der Sowjetunion 1991 ist die Ukraine unabhängig. Mit Beitritt zum Atomwaffensperrvertrag 1994 erhielt sie Sicherheitsgarantien von der Russischen Föderation und den USA. Die USA und die EU unterstützten grundsätzlich eine unmittelbare Integration der Ukraine ins westliche Bündnis. Der amerikanische Kongress bewilligte erhebliche Mittel zur Finanzierung von

NGOs (u.a. die George Soros Foundation) und zur Unterstützung westlich orientierter Medien sowie zur Modernisierung der ukrainischen Militärausrüstung. Die Ukraine stand auf der so genannten Freedom-Agenda von George Bush. Wörtlich heißt es in der Agenda: „Unsere Regierung unterstützt die Entwicklung von Demokratien in Georgien und der Ukraine ... während der erfolgreichen Rosen-Revolution in Georgien und der Orangen Revolution in der Ukraine und wird die Demokratie dort weiter unterstützen.“

In der Orangen Revolution 2004 setzte sich der westlich orientierte Wiktor Juschtschenko durch, musste sein Präsidentenamt aber 2010 an den russland-orientierten Wiktor Janukowytsch abgeben. Da sich Janukowytsch weigerte, die Vereinbarungen mit der EU unmittelbar umzusetzen, kam es zu Demonstration und 2013 zum Euromaidan, der 2014 zum Putsch gegen Janukowytsch und zu seiner Flucht nach Russland führte.

Im weiteren Verlauf besetzte und annektierte Russland die Krim und es kam zu secessionistischen Bewegungen im Osten der Ukraine, die in einem schweren bewaffneten Konflikt eskalierten, der seit 2014 andauert. 2015 wurde ein „Minsk“ genanntes Abkommen geschlossen, das auf die Deeskalation und Befriedung des Konflikts in der östlichen Ukraine zielt. Die Ergebnisse dieses Abkommens sind bisher allerdings unbefriedigend. Dabei unterstützen die USA die Ukraine mit etwa 3,4 Milliarden Dollar für den Schutz ihrer Verbündeten gegen „russische Provokationen“, wie US-Außenminister John Kerry auf einer Pressekonferenz es formulierte. Die NATO führt bereits Übungen in der Ukraine durch, obwohl die Ukraine bisher nicht in die NATO aufgenommen wurde. Eine Mehrheit in der NATO ist allerdings für einen schnellen Beitritt der Ukraine derzeit offenbar noch nicht zu erreichen, weil **„nicht klar ist, wie die Sicherheit der bisherigen NATO-Staaten durch eine Mitgliedschaft der Ukraine erhöht werden kann“**.

Kriege im Arabischen Frühling

Als *Arabischer Frühling* wird eine im Dezember 2010 beginnende Serie von Aufständen in der Arabischen Welt bezeichnet. Diese begannen in Tunesien, kurz darauf in Libyen und in Syrien. Ursprünglich war der Begriff Arabischer Frühling positiv besetzt, viele erhofften sich eine Verbesserung ihrer Lebens- und der Menschenrechtslage, inzwischen hat sich dieses Bild ins Gegenteil verkehrt. (Wikipädia)

Die Erzählungen der Ereignisse sind immer die gleichen: Es beginnt mit dem brutalen Niederschlagen friedlicher Proteste durch die jeweiligen Despoten. Nichtregierungsorganisationen kommen den „guten Rebellen“ zu Hilfe; im nächsten Schritt werden die Rebellen mit Waffen versorgt, in Lybien und Syrien kommt es zu hybriden Stellvertreterkriegen.

In **Tunesien** begannen die Proteste und die „Jasminrevolution“, so die Erzählung, im Januar 2011 nach der Selbstverbrennung eines Gemüsehändler. In **Marokko** kam es zu Massendemonstrationen im Mai 2011 nach einem Aufruf über Facebook. In **Libyen** weiteten sich die Aufstände zu einem Bürgerkrieg aus. Nach dem Massenprotesten in Benghazi wurde der Zugang zu sozialen Netzwerken wie Twitter und Facebook gekappt. Der UN-Sicherheitsrat wurde mit dem Konflikt befasst und verfügte eine Flugverbotszone (Resolution 1973), schließlich griffen die USA im März 2011 offiziell zugunsten der Aufständischen ein. Nach einem mehrmonatigen Bürgerkrieg und Unterstützung durch NATO-Truppen wurde Gaddafi gestürzt.

Der Aufstand in **Ägypten** begann am 25. Januar 2011, dem „Tag des Zorns“. 2011 trat Staatspräsident Husni Mubarak zurück und ein Militärrat übernahm die Macht. Bei den Wahlen 2011/2012 erhielten die Muslimbrüder zusammen mit anderen islamischen Parteien eine Mehrheit im Parlament; Mohammed Mursi gewann die Präsidentschaftswahlen. Nach einem Putsch übernahm allerdings das Militär die Macht erneut.

In **Syrien** kam es nach ersten Protestaufrufen 2011 zu Verhaftungen Oppositioneller. In der Stadt Dar'a demonstrierten tausende Menschen für politische Freiheiten und den Sturz von Präsident Baschar al-Assad. Zuvor waren über 1 Mio. Flüchtlinge aus dem Irak nach Syrien geflüchtet. Seit dem Sommer 2011 bilden Oppositionelle die so genannte *Freie Syrische Armee*. Diese wurde von den USA aber auch von europäischen Ländern, den „*Freunden Syriens*“ mit Waffen versorgt. Die syrische Regierung wird vom Iran und Russland unterstützt.

Über Erfolge des Arabischen Frühlings berichtet regelmäßig das Freedom House. Freedom House ist eine internationale Nichtregierungsorganisation (NGO) mit Hauptsitz in Washington, deren Ziel es ist, liberale Demokratien weltweit zu fördern. Sie wird im wesentlichen von der US-Regierung finanziert. Dazu kommen Mittel der Open Society Foundation von George Soros.

Fazit: Es wird unter der neuen amerikanischen Präsidentschaft noch wichtiger sein als bisher, die je unterschiedlichen „Erzählungen“ in den Informationskriegen zu sortieren, kritisch zu analysieren und seine eigene Beurteilung zu finden.

Flüchtlinge und Fluchtursachen

Das Thema „Flüchtlinge“ hat uns alle in den letzten zwei Jahren sehr beschäftigt. Dabei ging es zum Teil um sehr Grundsätzliches: um Menschlichkeit, Nächstenliebe, um Verpflichtungen nach dem Asylgesetz und der Genfer Flüchtlingskonvention; um Technisches: wie die Unterbringung der vielen Menschen, um Registrierung und Kontrolle aber auch um die Sicherung der europäischen Außengrenzen, um die Wirksamkeit des Dublinabkommens aber auch um das schnöde Geld und die plötzlich offenkundig gewordene fehlende Solidarität und Einigkeit unter den europäischen Ländern.

Zu kurz gekommen in der Diskussion scheint uns die Frage der Fluchtursachen, denn nur wenn man dort ansetzt, wird man den Streit um Obergrenzen und Probleme schlecht verhandelter „Flüchtlingsdeals“ mit Despoten auflösen können. Ein Abkommen, das offenbar jederzeit einseitig aufgekündigt werden kann, - der türkische Präsident hat dies bereits angedroht - zeugt entweder von Hybris oder völliger Naivität der Kanzlerin.

Zu den Fluchtursachen haben die Friedensforschungsinstitute bereits eine ganze Reihe von Gutachten erstellt. Da fehlt es nicht an Erkenntnissen; sondern eher an der mangelnden Bereitschaft im politischen Raum widerstreitende Interessen zu überwinden und notwendige Maßnahmen umzusetzen. Das beginnt mit einer

- Korrektur der Wirtschaftspolitik gegenüber den afrikanischen Staaten, wo wir mit subventionierten Produkten dortige Märkte zerstören;
- das betrifft eine unachtsame Bündnispolitik
- und betrifft schließlich und fast in erster Linie den hemmungslosen Rüstungsexport auch in Krisengebiete. (s. Seite 12)

Die AG-60plus hat in einem kurzen Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung Wandsbek Position zur Flüchtlingsproblematik bezogen:

„Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen die Fluchtursachen bekämpfen, damit Menschen in ihrer Heimat für sich und ihre Familien eine Zukunft finden und in Sicherheit und ohne Furcht vor Hunger leben können.

Werden Menschen durch Krieg oder andere Formen der Gewalt zur Flucht gezwungen gelten das Asylrecht und/oder die Regeln der Genfer Flüchtlings-Konvention. Wir wollen, dass in diesen Fällen der Bund allein für die Erstaufnahme verantwortlich zeichnet, die Registrierung und Erstuntersuchung übernimmt und die Entscheidung über die Asylanträge innerhalb einer Frist von maximal sechs Monaten bewältigt. Länder und Kommunen sind für die weitere Unterbringung und Integration zuständig und mit entsprechenden Mitteln auszustatten.

Über die Regelungen nach dem Recht auf Asyl und der Flüchtlingskonvention hinaus streben wir ein Europäisches Einwanderungsgesetz an.“

Fluchursache: „Hunger“ bekämpfen! Für faire Handelsabkommen und Entwicklungshilfe!

Jeder dritte Afrikaner südlich der Sahara ist chronisch unterernährt. Das lesen wir bei Germanwatch. Verantwortlich dafür sind nicht nur Kriege und Naturkatastrophen, sondern auch der so genannte freie Handel, der den afrikanischen Staaten aufgepresst wurde: Billige Geflügelteile, Tomatenpaste zu Schleuderpreisen und heruntersubventionierte Milchprodukte aus der EU sowie Reis aus den USA und Asien überschwemmen die lokalen Märkte und berauben Kleinbauernfamilien ihrer wichtigsten Einkommensquelle.

Ohne eigene ausreichende Einkommensquelle aber fehlt der breiten Masse der Bevölkerung das Geld, sich ausreichend zu ernähren. Für die Betroffenen bedeutet das häufig eine gravierende Verletzung ihres Menschenrechts auf Nahrung, denn Alternativen gibt es kaum: „Über drei Viertel der afrikanischen Bevölkerung leben von der Landwirtschaft, Arbeitsplätze fehlen ebenso wie vernünftige Sozialsysteme.“ Armutsbekämpfung würde bedeuten, die Bäuerinnen und Bauern zu unterstützen und zugleich die Märkte vor Billigimporten zu schützen. Doch leider geschehe genau das Gegenteil, sagt GERMANWATCH.

Zur gleichen Zeit als die EU 2007 Nothilfe für die Opfer der Fluten in der Sahelzone leistete, verhandelte sie mit den Staaten Afrikas über „Wirtschaftspartnerschaftsabkommen“ (Economic Partnership Agreements – EPAs) und forderte von den »Partnern« eine radikale Marktöffnung für europäische Importe und Dienstleistungen sowie einen weitgehenden Schutz von Investitionen und Patenten. Die afrikanischen Staaten hatten die Gefahren dieser Handelsabkommen erkannt und zunächst strikt abgelehnt, sie zu unterzeichnen. Die Wirkungen lagen auf der Hand: Die Wirtschaftskraft der EU übersteigt die der AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) um mehr als das Dreißigfache, die Produktivität entsprechend. Eine Kuh gibt in der Regenzeit nur bis zu vier Liter Milch täglich, in der Trockenzeit fast gar keine. Die in der EU verbreiteten Holstein-Friesen Kühe hingegen liefern bis zu 45 Liter pro Tag. Da kann kein echter - schon gar kein fairer - Wettbewerb aufkommen. Mit den Milchpulverimporten aus Europa würde und wird das Rückrat der afrikanischen Ernährungswirtschaft zerstört.

Ein anderes Beispiel: Kenia, einer der wichtigsten afrikanischen Exporteure für Tee, Kaffee, Kakao und Schnittblumen, hatte sich wie andere afrikanische Staaten geweigert, das Partnerschaftsabkommen mit der EU zu unterzeichnen. Die EU setzte Kenia und alle anderen widerständigen Staaten schließlich mit Fristsetzung unter Druck: Wenn diese die von Europa vorgeschlagenen Abkommen nicht unterzeichneten, führe die EU ab 1. Oktober 2014 hohe Einfuhrzölle für diese Länder ein. Und so geschah es dann auch: Kenianische Produkte konnten nicht mehr zollfrei in die EU exportiert werden. Das Ergebnis waren Entlassungen in kenianischen Unternehmen und daraus folgende erhebliche wirtschaftliche Nachteile. Kenia knickte dann letztlich doch ein und unterzeichnete das Abkommen wie andere erpresste afrikanische Staaten. Sie hatten die Wahl zwischen Pest und Colera. Das Ergebnis ist bekannt, und deshalb brauchen wir eine neue FAIRE Handelspolitik!

Keine neue Spirale des Westrüstens! Rüstungsexporte in Krisengebiete stoppen!

Die Rankingliste der Rüstungsausgaben ist deutlich: America first – schon jetzt. 2014 gaben die USA 610 Mrd. Dollar für ihre Rüstung aus. China folgte mit 216 Mrd., Russland mit 84 Mrd. auf Platz 3, Deutschland mit 46 Mrd. auf Platz 7. Deutschland lässt sich dabei offenbar antreiben, die Rüstungsausgaben weiter zu steigern, denn bereits 2016 war der Wehretat um 10% gewachsen. 2017 soll es „noch mehr werden,“ meldet die Frankfurter Allgemeine Zeitung und kommentiert, das bedeute endgültig die Trendwende nach Jahren des Schrumpfens nach dem Ende des Kalten Krieges zu schaffen: Mit einer Steigerung von 5,4 Prozent lege der Wehretat damit wesentlich stärker zu als der Gesamthaushalt des Bundes.

Dabei lässt sich die damit eingeleitete erneute Spirale des Westrüstens durch nichts begründen. Friedenspolitik geht anders.

Einer Korrektur bedarf auch die Genehmigungspraxis der Bundesbehörden bei den Rüstungsexporten in Krisengebiete. Das Ziel der Korrektur lässt sich einfach formulieren: Das Grundgesetz ist einzuhalten! Nach Art 26 (2) dürfen zur Kriegführung bestimmte Waffen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Nach dem entsprechenden Ausführungsgesetz ist eine Ausfuhrgenehmigung zu untersagen, wenn die Gefahr besteht, daß die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden. Wenn man sich die Länder anschaut, in die Rüstungsgüter in den letzten Jahren exportiert wurden, lässt sich unschwer erkennen, dass auch in Krisengebiete exportiert wurde.

Insgesamt hat die Bundesregierung in den ersten sechs Monaten 2016 Rüstungsexporte im Wert von mehr als vier Milliarden Euro genehmigt - mehr als eine halbe Milliarde mehr als im Vorjahreszeitraum. Die wichtigsten drei Bestimmungsländer für Kleinwaffen einschließlich Teilen und Munition waren Frankreich, der Irak und Polen. Zu Kleinwaffen zählen Maschinenpistolen und -gewehre. Mit ihnen werden in Bürgerkriegen wie in Syrien die meisten Zivilisten getötet. Größter Posten war eine Fregatte für Algerien, die eine Milliarde Euro kostet. Damit liegt das nordafrikanische Land auf Platz eins der wichtigsten Bestimmungsländer. In 2014 war unter den Importeuren deutscher Waffen Israel (604 Mio. €), Singapur (228 Mio. €), Brunei Darussalam (92 Mio. €) Ver.Arab.Emirate 66 Mio. €, Irak 60 Mio. € und Saudi-Arabien mit 59 Mio. €.

Charta der Vereinten Nationen: KAPITEL VI, Artikel 33

Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten

Die Parteien einer Streitigkeit, deren Fortdauer geeignet ist, die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit zu gefährden, bemühen sich zunächst um eine Beilegung durch Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Entscheidung, Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen oder Abmachungen oder durch andere friedliche Mittel eigener Wahl.

Drohnenkrieg aus Deutschland stoppen!

Im schönen Rheinland-Pfalz haben die USA ihr zentrales Militärhauptquartier eingerichtet; es ist zugleich NATO-Militärstützpunkt. Die Einrichtung wurde beginnend 1949 ausgebaut; inzwischen arbeiten hier etwa 53.000 Menschen. Im April 2014 berichteten die Medien (Süddeutsche Zeitung, WDR, NDR), Ramstein werde genutzt, um den Drohnenkrieg gegen Ziele in Pakistan, Yemen, Afghanistan und Somalia zu führen. Die Bundesregierung sei darüber nicht informiert worden. Das wahre Ausmaß des Drohnenkriegs sei offenbar erst durch die Enthüllungen von Edward Snowden deutlich geworden. Danach ist klar: Ramstein ist das zentrale Drehkreuz für die Durchführung der Drohnenangriffe. Die meisten tödlichen Einsätze US-amerikanischer Kampfdrohnen im Irak, Syrien und Afrika werden über die Satellitenrelaisstation auf der US-Air-Base Ramstein durchgeführt.

US-Drohnenpiloten auf verschiedensten Militärbasen nutzen Ramstein für die Steuerung der Killerdrohnen in weltweiten Kriegseinsätzen. In Ramstein analysieren und aktualisieren ca. 650 MitarbeiterInnen ständig die Überwachungsdaten der vermeintlichen Zielpersonen und leiten ihre Daten dann weiter. Die USA haben nach Schätzungen mittels Drohnen in Pakistan, Jemen und Somalia inzwischen etwa 5000 Menschen sowie über 13.000 Menschen im Afghanistan-Krieg getötet, die nie vor einem Gericht angeklagt oder verurteilt worden wären. Die große Mehrzahl der Opfer waren Unbeteiligte wie Frauen, Kinder und alte Menschen. Die Tötungsbefehle werden per Joystick über die Satelliten-Relaisstation in Ramstein an die jeweiligen Drohnen übermittelt.

An diesem Drohnenkrieg sollte sich Deutschland nicht länger beteiligen. Deshalb sollte Deutschland den USA die Nutzung der Einrichtungen in Ramstein als Zentrale für ihren Drohnenkrieg untersagen und sie auffordern, die Satelliten-Relaisstation zu schließen. Wir erwarten, dass eine neue Bundesregierung unter sozialdemokratischer Führung eine aktive Friedenspolitik betreibt und dafür sorgt, dass Ramstein nicht länger als Schaltstelle für den Drohnenkrieg benutzt wird.



Spielräume für eine europäische Außenpolitik nutzen!



Niels Annen, MdB

„Der Wahlsieg Donald Trumps ist nicht nur ein Weckruf“, schreibt Niels Annen, unser außenpolitischer Sprecher im Bundestag, sondern ein „politisches Erdbeben“. Recht hat er, und bei aller Unsicherheit braucht es heute eine selbstbewusste Neubestimmung unserer Außenpolitik! Oberstes Ziel: Für den Frieden arbeiten!

Eine „sich selbst als progressiv definierende Außenpolitik“, sagt Annen zurecht, „muss zunächst einmal eine nüchterne Bestandsaufnahme vornehmen. Wie gestalten wir künftig das transatlantische Verhältnis mit einem US-Präsidenten Trump? Welche neuen Aufgaben kommen auf uns Deutsche und Europäer zu?“ Der reflexhafte Ruf nach höheren Verteidigungsausgaben in Europa dürfe sich nicht als alleinige Antwort

durchsetzen. Eine fortschrittliche Außenpolitik müsse sich auf gemeinsame Werte, Ziele und strategische Interessen verständigen. Ja! Das Problem ist nur, dass sich eben diese strategischen Interessen der USA mit denen der europäischen Länder schon länger nicht decken. Die gemeinsamen aber auch die unterschiedlichen Interessen der USA und der Europäer herauszuarbeiten, gehört zu den Aufgaben einer neuen deutschen Außenpolitik unter sozialdemokratischer Führung. Nicht jeder von den USA geführte Krieg ist unser Krieg! Im Gegenteil: Wenn der neue amerikanische Präsident in seinem Buch „America First“ China zu seinem „Feind“ erklärt, braucht es eine klare Distanzierung. Wenn der Drohnenkrieg gegen Menschen, die vor keinem Gericht angeklagt wurden, fortgeführt wird, braucht es ebenfalls eine deutliche Distanzierung (s. S. 12).

Niels Annen hat recht, wenn er als positive Beispiele deutscher Außenpolitik die Deeskalations- und Vermittlungsbemühungen in der Ostukraine und gegenüber Russland hervorhebt. Er hat auch recht, wenn er die „humanitäre Hilfe über die Krisenprävention und die Stabilisierung in Konfliktsituationen, bis hin zum Ausbau unserer Mediationsfähigkeiten“ betont. Und ja: Niemand kann davon profitieren, wenn sich der Westen und Russland in einem neuen Wettrüsten aufreiben. Deshalb ist der Hinweis auf die jüngste Rüstungskontrollinitiative von Frank-Walter Steinmeier wichtig, „um den Risiken einer neuen Rüstungsspirale neue Instrumente von Transparenz entgegenzusetzen. Deshalb müssen wir den Risiken und Eskalationsgefahren verbindliche Regeln entgegenzusetzen.“

Und selbstverständlich muss der Agenda 2030 der Vereinten Nationen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der Agenda von der Armutsbekämpfung und der Bildungs-, Ernährungs- und Agrarpolitik über die Migrations-, Weltwirtschafts- und Klimapolitik bis hin zu technologie- und sicherheitspolitischen Fragen. Die 2030-Agenda formuliert ein ambitioniertes globales Transformationsprogramm, das Millionen Menschen Perspektiven auf ein besseres Leben eröffnet, und zu dem Deutschland und ein geeintes starkes Europa viel beitragen können. Dazu stehen wir.

Vorschlag für eine neue Entspannungspolitik!

(von der Arbeitsgemeinschaft 60plus)

Im März 2010 hat der Deutsche Bundestag auf Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Dr 17/1159) „die Absicht der Bundesregierung begrüßt,

- *neue Abrüstungsabkommen international zu unterstützen, um eine neue Dynamik für Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen zu erreichen;*
- *sich im Bündnis sowie gegenüber den amerikanischen Verbündeten dafür einzusetzen, dass die in Deutschland verbliebenen Atomwaffen abgezogen werden; (und)*
- *sich für eine atomwaffenfreie Welt zu engagieren.“*

Sieben Jahre später scheinen diese Ziele weiter weg als je zuvor. Nach dem START-II-Abkommen gibt es keine Verhandlungen über eine weitere Reduzierung nuklearer Sprengköpfe; (die USA und Russland haben sich 2010 auf 1550 atomare Sprengköpfe geeinigt; in den Bunkern auf beiden Seiten lagern immer noch erheblich mehr); die NATO führt Manöver an der russischen Grenze durch; Russland verstärkt daraufhin seine Truppen an seiner Westgrenze; die USA verstärken ihre Manöver auf der koreanischen Halbinsel, Russland und China trainieren im Südchinesischen Meer, die USA und europäische Länder beliefern die Ukraine mit schweren Waffen. Vor diesem Hintergrund sind die Äußerungen des amerikanischen Präsidenten Trump, die USA müssten wieder Kriege gewinnen, (*We have to start winning wars again*) mehr als beängstigend. Deshalb bedarf es einer entschiedenen europäischen Deeskalationsstrategie, d.h.

- **Waffenlieferungen in Krisengebiete sind konsequenter als bisher zu unterbinden,**
- **eine weitere Aufrüstung und Bindung der Rüstungsausgaben an die Entwicklung des BIP wird abgelehnt, vielmehr haben sich die Rüstungsausgaben ausschließlich an der notwendigen personellen und sächlichen Ausstattung unserer nationalen Streitkräfte zu orientieren,**
- **Vorrang im Konflikt hat immer die Diplomatie, und insbesondere sind die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland zu normalisieren.**

beantragt auf der Kreisdelegiertenversammlung der SPD-Hamburg, Kreis Wandsbek)

Für Frieden Freiheit und Gerechtigkeit

SPD



Wahlplakat 1969: Willy Brandt